

FORUM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Herausgegeben von
Prof. Dr. Meinhard Heinze † und Prof. Dr. Horst Konzen

Band 18

Vom passiven zum aktiven Sozialplan

Vergleich zwischen dem
gesetzlichen Förderungsinstrument
der §§ 254 *ff.* SGB III
und dem Transfer-Sozialplan-Konzept des BAVC e.V.

Nina Kowalski



Centaurus Verlag & Media UG 2004

Nina Kowalski, geb. 1977, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Münster und promovierte 2003 an der Universität Bonn zum Dr. jur. Sie ist derzeit Rechtsreferendarin im Bezirk des Oberlandesgerichts Köln.

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Kowalski, Nina:

Vom passiven zum aktiven Sozialplan : Vergleich zwischen dem gesetzlichen Förderungsinstrument der §§ 254 ff. SGB III und dem Transfer-Sozialplan-Konzept des BAVC e.V. /

Nina Kowalski. - Herbolzheim : Centaurus-Verl., 2004

(Forum Arbeits- und Sozialrecht; Bd. 18)

Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2003

ISBN 978-3-8255-0472-4 ISBN 978-3-86226-497-1 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-86226-497-1

ISSN 0936-028X

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS Verlags-GmbH & Co KG, Herbolzheim 2004

Umschlaggestaltung: DTP-STUDIO, Antje Walter, Hinterzarten
Satz: Vorlage der Autorin

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2002/2003 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind für die Veröffentlichung bis Sommer 2003 berücksichtigt.

Allen Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Arbeitsrecht und Recht der Sozialen Sicherheit der Universität Bonn danke ich für ihre ständige Diskussionsbereitschaft und die anregenden Vorschläge. Sie alle waren mir während meiner zweijährigen Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut bei der Erstellung dieser Arbeit eine wertvolle Hilfe.

Herzlicher Dank gilt meinen Eltern, Anka und Manfred Kowalski, die durch ihre finanzielle und moralische Unterstützung die Anfertigung dieser Dissertation erst ermöglichten.

Diese Arbeit widme ich meinem verehrten, im Juli 2003 verstorbenen, Doktorvater Herrn Prof. Dr. Meinhard Heinze, der mir durch seine wohlwollende Begleitung während der Entstehung dieser Dissertation immer den Rücken gestärkt und durch seine ansteckende Fröhlichkeit stets für Aufmunterung gesorgt hat.

Bonn, im November 2003

Nina Kowalski

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	7
EINLEITUNG	13
TEIL 1: DARSTELLUNG DER §§ 254 FF. SGB III	17
§ 1 Intention des Gesetzgebers bei Einführung des Instruments	17
A. Gründe für die Einführung der Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen	18
B. Frühere Konzepte beschäftigungswirksamer Nutzung von Sozialplänen („Vorläuferregelungen“).....	21
§ 2 Gang des Gesetzgebungsverfahrens und bisher erfolgte Änderungen der Vorschriften	22
§ 3 Darstellung des Verfahrens der Förderung nach §§ 254 ff. SGB III	25
A. Beratung, Vorabentscheidung, Antrag.....	25
I. Beratung gemäß § 256 Abs.1 SGB III.....	25
1. Zuständigkeit des Landesarbeitsamtes	26
a) Instandzielle Zuständigkeit	27
b) Örtliche Zuständigkeit	28
aa) Einheitliche Zuständigkeit	29
bb) Auseinanderfallen der Zuständigkeit	30
cc) Stellungnahme.....	30
2. Anspruch auf Beratung	31
a) Beratungsanspruch der Betriebspartner	31
b) Beratungsanspruch der Einigungsstelle	32
3. Verfahren der Beratung.....	34
a) Rechtsnatur der Beratung	34
b) Zeitpunkt der Beratung	34
c) Folgen einer unrichtigen Beratung.....	37
II. Vorabentscheidung nach § 256 Abs.2 SGB III	37
1. Inhalt und Rechtsnatur der Vorabentscheidung	37
a) Inhalt der Vorabentscheidung	38
aa) Keine vorweggenommene Entscheidung über die Förderungshöhe	38
bb) Planungssicherheit durch Vorabentscheidung	39
cc) Stellungnahme.....	40
b) Rechtsnatur der Vorabentscheidung	42
2. Vorabentscheidungsverfahren.....	43
a) Zuständigkeit	43
b) Antrag auf Vorabentscheidung	44
c) Zeitpunkt der Antragstellung nach § 256 Abs.2 SGB III.....	44
d) Antragsteller	45
aa) Antragsrecht des Betriebsrats.....	45
bb) Antragsrecht der Einigungsstelle.....	46
cc) Antragsrecht der Einigungsstelle und Ermessensrichtlinie des § 112 Abs.5 Satz 2 Nr.2a BetrVG.....	47
3. Durchsetzung der Vorabentscheidung	49
III. Antrag auf Förderung	50

B. Voraussetzungen der Förderung nach §§ 254 ff. SGB III.....	51
I. Allgemeine Voraussetzungen der Förderung nach § 254 SGB III.....	51
1. Vereinbarung eines Sozialplans.....	52
a) Eingliederungsmaßnahmen als Entschädigungsfunktion oder Vorsorge- und Überbrückungsaufgabe in einem Sozialplan?.....	54
b) Gehören die beschäftigungswirksamen Maßnahmen in den Interessenausgleich oder in den Sozialplan?.....	54
aa) Freiwillige Sozialplanvereinbarungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber.....	55
bb) Vereinbarungen von Eingliederungsmaßnahmen ausschließlich im Interessenausgleich?.....	55
cc) Eingliederungsmaßnahmen als Bestandteil eines erzwingbaren Sozialplanes.....	58
dd) Stellungnahme.....	59
2. Förderungsfähige Eingliederungsmaßnahmen für die Arbeitnehmer.....	62
a) Flexibilität des arbeitsförderungsrechtlichen Instruments.....	63
b) Art der förderungsfähigen Eingliederungsmaßnahmen.....	63
aa) Beschäftigungswirksame Maßnahmen außerhalb des SGB III.....	64
bb) Eingliederungsmaßnahmen als Substitution des § 3 Abs.4 SGB III.....	64
cc) Keine Beschränkung bezüglich der Art von Eingliederungsmaßnahmen.....	65
dd) Stellungnahme.....	66
c) Beispiele für förderungsfähige Eingliederungsmaßnahmen.....	67
II. Spezielle Voraussetzungen der Förderung nach §§ 254 ff. SGB III.....	68
1. Förderungsvoraussetzungen nach § 255 Abs.1 SGB III.....	69
a) Nr.1 – Drohende Arbeitslosigkeit der zu fördernden Arbeitnehmer.....	69
aa) Drohende Arbeitslosigkeit.....	69
(1) Unmittelbarkeit der Bedrohung.....	70
(2) Einzelfallprüfung oder typisierende Betrachtung?.....	71
(3) Bereits arbeitslose Maßnahmeteilnehmer.....	72
(4) Zumutbarkeit angebotener Beschäftigungsmöglichkeiten.....	73
(5) Zwischenergebnis.....	74
bb) Folge einer geplanten Betriebsänderung.....	74
b) Nr.2 – Versuch eines Interessenausgleichs.....	76
aa) Sinn und Zweck des Versuchs.....	76
bb) Förderung von Eingliederungsmaßnahmen in einem Interessenausgleich?.....	78
cc) Begriff des Versuchs eines Interessenausgleichs.....	79
c) Nr.3 – Vereinbarung eines Sozialplans.....	80
aa) Verschiedene Arten von Sozialplänen.....	81
(1) Sozialpläne nach den §§ 112 ff. BetrVG.....	81
(2) Vereinbarte und erzwungene Sozialpläne.....	82
(3) Vorsorgliche Sozialpläne.....	83
(4) Anfechtbare Sozialpläne.....	84
(5) Nachgeholte und rückwirkende Sozialpläne.....	84
(6) Gekündigte Sozialpläne.....	85
bb) Teilnehmer an beschäftigungswirksamen Maßnahmen.....	85
cc) Sozialplanmaßnahmen für leitende Angestellte.....	86
d) Nr.4 – Arbeitsmarktliche Zweckmäßigkeit sowie Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.....	88
aa) Arbeitsmarktliche Zweckmäßigkeit.....	88
bb) Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.....	90
(1) Inhalt der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.....	90
(2) Ermittlung des Maßstabs von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.....	91
cc) Folgen des Fehlens der Voraussetzung des § 255 Abs.1 Nr.4 SGB III.....	93
e) Nr.5 – Eigenbeteiligung des Unternehmers.....	93
aa) Sinn und Zweck der Eigenbeteiligung.....	94
bb) Bereitstellung eines Beitrages zur Finanzierung der Eingliederungsmaßnahmen.....	95
cc) Höhe der Beteiligung des Arbeitgebers.....	96
(1) Einsparung von Kosten der Arbeitsverwaltung.....	96
(2) Verhältnis von Eigenbeteiligung und Förderung.....	96

(3) Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	97
(4) Bestimmung nach dem Verhältnis von Maßnahmen und Abfindungen	97
(5) Zwischenergebnis	98
dd) Eigenbeteiligung durch die Bereitstellung von Sachmitteln	99
ee) Vorgehensweise bei der Ermittlung der Beteiligungshöhe	99
ff) Eigenbeteiligung des Unternehmers im Insolvenzfall	100
f) Nr.6 – Sicherung der Durchführung	101
aa) Notwendigkeit einer Sicherung der Durchführung	101
bb) Mögliche Sicherungsarten	102
(1) Sicherung bei interner Maßnahmedurchführung	102
(2) Sicherung bei externer Maßnahmedurchführung	103
(3) Sicherung der Maßnahmedurchführung in anderen Fällen	103
2. Ausschluss der Förderung nach § 255 Abs.2 SGB III	104
a) Nr.1 – Überwiegend betriebliche Interessen	104
aa) Ziel des Förderausschlusses nach § 255 Abs.2 Nr.1 SGB III	104
bb) Begriff des überwiegenden betrieblichen Interesses	106
(1) Problem der internen Qualifizierung	106
(2) Ausnahmeförderung bei innerbetrieblicher Qualifizierung	108
(3) Verpflichtung zur Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen aus anderen Rechtsgründen	108
b) Nr.2 - Verstoß gegen Ziele der Arbeitsförderung	109
aa) Ziele der Arbeitsförderung im SGB III	109
bb) Problem der unerlaubten Prämienzahlung und zulässigen Einstellungszuschüsse	110
(1) Wettbewerbsverzerrung durch Prämienzahlung	110
(2) Einzelfallentscheidung	110
(3) Stellungnahme	111
cc) Existenzgründung und Scheinselbständigkeit	111
c) Weggefällener Ausschlussgrund Nr.3 – Wahlrecht zwischen Abfindung und Sozialplanmaßnahme	111
III. Erweiterungen der Förderungsmöglichkeit auf sozialplanähnliche Vereinbarungen nach § 255 Abs.3 SGB III	112
1. Sinn und Zweck des § 255 Abs.3 SGB III	113
2. Sozialpläne außerhalb des Anwendungsbereichs des BetrVG	113
3. Sozialplanähnliche Vereinbarungen	114
a) Vereinbarungen in betriebsratsfähigen, aber betriebsratslosen Betrieben	114
b) Keine Sozialplanförderung in betriebsratsfähigen Betrieben ohne Betriebsrat	116
c) Stellungnahme	118
4. Zwischenergebnis	119
5. Probleme der entsprechenden Anwendung des § 255 Abs.1 und Abs.2 SGB III	119
C. Durchführung der Förderung nach §§ 254 ff. SGB III	120
I. Leistung des Zuschusses gemäß § 257 SGB III	122
1. Ratio legis einer Förderobergrenze	122
2. Berechnung des Förderhöchstbetrages	123
3. Berücksichtigung von Verbilligungen der Maßnahmen	124
4. Auszahlung des Zuschusses zu Sozialplanmaßnahmen	125
5. Auszahlung der Zuschüsse bei Sicherheitsbedürfnis	126
6. Änderung des § 257 SGB III durch das Job-AQTIV-Gesetz	126
II: Verhältnis der Eingliederungsmaßnahmen zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung nach § 258 SGB III	127
1. Grund für den Ausschluss von Leistungen mit gleichartiger Zielsetzung	127
a) Vermeidung einer Doppelförderung	128
b) Einsparungen der Arbeitsverwaltung	128
2. Sozialplanzuschüsse im Verhältnis zum Strukturkurzarbeitergeld gemäß § 175 SGB III	129
3. Maßnahmen mit gleichartiger Zielsetzung	130

4. Varianten der Nutzung von Sozialplanzuschüssen	131
a) Sozialplanleistungen als Unterhaltsleistungen	131
b) Sozialplanleistungen als Maßnahmefinanzierung	131
c) Attraktivitätsverlust der Sozialplanmaßnahmen	132
d) Weitere Kombinationsmöglichkeiten	133
5. Anknüpfungspunkt für den Ausschluss anderer Leistungen	133
III. Nähere Bestimmungen zu Voraussetzungen, Art, Umfang und Verfahren der Förderung durch Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit	134
IV. Gesamtabrechnung gemäß § 326 SGB III	135

§ 4 Veränderte Billigkeitskontrolle; individualarbeitsrechtliche Probleme und Vereinbarkeit des Instruments mit europäischem Recht	136
A. Veränderte Billigkeitskontrolle von Sozialplänen durch die §§ 254 ff. SGB III	136
I. Unbilligkeit von reinen Transfersozialplänen	136
II. Veränderte Billigkeitskontrolle	137
III. Stellungnahme	137
B. Individualarbeitsrechtliche Probleme bei der Umsetzung geförderter Sozialpläne	138
C. Vereinbarkeit des Instruments mit europäischem Recht	139
I. Beispiel Frankreich	139
II. Übertragbarkeit auf deutsches Arbeitsförderungsrecht	140

TEIL 2: DARSTELLUNG DES TRANSFER-SOZIALPLAN-KONZEPTS DES BAVC E.V. 141

§ 1 Zustandekommen der Transfer-Sozialplan-Vereinbarung – Gemeinsame Erklärung der Sozialpartner BAVC e. V. und IG BCE	141
A. Allgemeines	141
B. Intention und Ziele der Entwicklung des Konzepts durch den BAVC e.V.	142
C. Abkehr vom abfindungsorientierten Sozialplan	143
I. Inhalt des Transfer-Sozialplan-Konzepts	143
II. Auslöser der Erstellung eines Transfer-Sozialplan-Konzepts	143
III. Gemeinsame Erklärung und ihre Rechtsnatur	144
§ 2 Vorstellung des „3-Phasen-Modells“	145
A. Anpassungsphase	146
I. Verantwortung der Arbeitgeber	146
II. Verantwortung der Arbeitnehmer und des Betriebsrats	147
III. Vorbereitende Maßnahmen	148
IV. Änderungen der Arbeitsbedingungen	149
V. Tarifliche und gesetzliche Instrumente	149
1. Tarifliche Instrumente	149
a) Verteilzeiträume/ Arbeitszeitkorridor	150
b) Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit	151
c) Flexibilität durch Freizeitausgleich bei Mehrarbeit	151
d) Teilzeitarbeit und Altersteilzeit	152
e) Entgeltkorridore	152
f) Anpassung von tariflichen Einmalzahlungen	153
g) Nutzung von Öffnungsklauseln	154
2. Gesetzliche Instrumente	154
a) Förderung der Berufsbildung gemäß §§ 81 Abs.4, 96 ff. BetrVG	155
b) Förderung der beruflichen Weiterbildung gemäß §§ 77 ff. SGB III	156
c) Konjunkturelles Kurzarbeitergeld gemäß §§ 169 ff. SGB III	158
d) Strukturkurzarbeitergeld gemäß § 175 SGB III	159
VI. Abschluss der Anpassungsphase	159

B. Transferphase.....	160
I. Grundsatz und Zielsetzung der Transferphase	160
1. Grundsatz des Vermittlungsvorrangs.....	161
2. Konzertierte Arbeitsvermittlung	161
3. Transferketten-Modell	162
4. Grundvoraussetzungen einer schnellen Vermittlung	163
II. Vorbereitung eines Transfer-Sozialplans	163
1. Verhandlung über Interessenausgleich	164
2. Verhandlungen über den Transfer-Sozialplan	164
a) Ziel des Transfersozialplans	164
b) Beratung durch Landesarbeitsamt und Transferberater	164
c) Vorabentscheidung durch das Landesarbeitsamt	165
d) Finanzierung der Transfermaßnahmen	166
aa) Inanspruchnahme der Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen gemäß §§ 254 ff. SGB III.....	166
bb) Strukturelles Kurzarbeitergeld gemäß § 175 SGB III	167
cc) Schlussfolgerung des BAVC e.V.....	168
3. Weiteres Vorgehen bzw. Ausspruch von Kündigungen und Abschluss von Aufhebungsverträgen.....	168
III. Aufbau und einzelne Maßnahmen der Transferkette (= Steigerung der Beschäftigungschancen durch die konzertierte Arbeitsvermittlung).....	168
1. Erstellen von Mitarbeiterpotentialprofilen.....	169
2. Auswahl der betroffenen Mitarbeiter.....	170
3. Orientierungsberatung	172
4. Bewerbertraining	172
5. Qualifizierung für Anschlussbeschäftigung	173
6. Qualifizierung für Existenzgründungen	174
7. Weitere Beschleunigung des Transfers durch § 121 SGB III.....	176
8. Entscheidungskriterien für die Auswahl von Personalentwicklungsgesellschaften (PEG)	177
C. Integrationsphase	177
I. Unterstützung für den neuen Arbeitgeber.....	178
1. Eingliederungszuschüsse gemäß §§ 217 ff. SGB III	178
2. Einstellungszuschüsse bei Neugründungen gemäß §§ 225 ff. SGB III	179
a) Anschlussbeschäftigung bei einem Existenzgründer.....	180
b) Arbeitnehmer als Existenzgründer	180
3. Weitere Unterstützung für den neuen Arbeitgeber	181
II. Unterstützung für den Arbeitnehmer.....	182
1. Ausgleichszahlungen	182
2. Integrationsförderung durch das SGB III	182
a) Mobilitätshilfen	182
b) Erstattung der Bewerbungskosten	183
c) Überbrückungsgeld für Existenzgründer.....	184
d) Trainingsmaßnahmen für Arbeitnehmer	184

**TEIL 3: GEGENÜBERSTELLUNG DES GESETZLICHEN INSTRUMENT-
ARIUMS DER §§ 254 FF. SGB III UND DER VOM BAVC E. V.
VORGESEHENEN VORGEHENSWEISE.....186**

§ 1 Situation im Betrieb: Versuch der Vermeidung von Personalabbau	186
A. Sozialplanzuschüsse ohne Relevanz.....	187
B. „Anpassungsphase“ BAVC e. V.-Konzept	187
C. Zwischenergebnis	188

§ 2 Situation im Betrieb: Personalabbau unvermeidbar	189
A. Förderungsfähige Sozialpläne – Instrument der §§ 254 ff. SGB III	189
B. „Transferphase“ BAVC e. V.-Konzept	191
C. Zwischenergebnis	192
I. Konkretisierung des gesetzlichen Förderinstruments	193
II. Erweiterung des gesetzlichen Förderinstruments	194
III. Doppelfunktion des Transfer-Sozialplan-Konzepts	194
§ 3 Situation im Betrieb: Durchführung geförderter Sozialpläne	195
A. Durchführung nach §§ 254 ff. SGB III	195
B. „Integrationsphase“ BAVC e. V.-Konzept	195
C. Zwischenergebnis	196
§ 4 Ergebnis des Vergleichs von gesetzlichem Förderungsinstrument und dem Transfer- Sozialplan-Konzept des BAVC e.V.	197
A. Vergleich der einzelnen Phasen	198
B. Konkretisierung oder Erweiterung?	199
C. Zielerreichung durch das Transfer-Sozialplan-Konzept	199
 TEIL 4: ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK.....	201
§ 1 Beschäftigungsfördernde Wirkung des Transfer-Sozialplan-Konzepts.....	201
§ 2 Übertragbarkeit des Transfer-Sozialplan-Konzepts	202
§ 3 Alternativen	202
§ 4 Ausblick und Thesen.....	203
 LITERATURVERZEICHNIS.....	205